

**Wahlprüfsteine Berufsverband Deutscher
Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP)
zur Bundestagswahl 2017**

Antworten der Freien Demokraten

Welche der oben genannten Schwerpunktthemen beabsichtigen Sie in der nächsten Legislaturperiode mit welchen Zielen aufzugreifen?

Wir Freie Demokraten sehen in vielen der von Ihnen gelisteten Themen Handlungsbedarf und treten hier für Verbesserungen ein. Um einige Beispiele zu nennen:

Wir Freie Demokraten wollen den Einzelnen stark machen und jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen – egal, woher er kommt. Die Förderung von Inklusion, Integration und Partizipation ist uns daher ein wichtiges Anliegen. Beispielsweise müssen auch Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf oder Einschränkungen die bestmögliche Bildung und Förderung erhalten. Denn unser Anspruch auf die weltbeste Bildung gilt nicht nur für die Leistungsstarken. Die Schließung von Förderschulen, in denen Kinder passend zu ihrem Bedarf gefördert werden konnten, ist ein Fehler, da dies meist nicht dem Kindeswohl dient und oft auch gegen den Elternwillen vorgenommen wird. Das Ziel, Kinder mit Förderbedarf weitgehend in Regelschulen zu integrieren, ist richtig und wird seit Jahrzehnten in Deutschland verfolgt. Schulpsychologinnen und –psychologen leisten hier einen wertvollen Beitrag. Es sollte jedoch nicht radikal und kompromisslos umgesetzt werden. Gemeinsamer Unterricht soll eine bestmögliche Förderung aller Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Wir fordern daher für eine bestmögliche Gestaltung des gemeinsamen Unterrichts verbindliche Basisstandards.

Ein Kernanliegen ist für uns, veraltete und starre Regulierungen der Arbeitswelt an zu ändern, um die Chancen einer modernen Arbeitswelt im Zeitalter der Digitalisierung für die Menschen nutzbar zu machen. Gesetzliche Regelungen und faktische Hürden für mobiles Arbeiten, etwa durch veraltete Vorschriften der Arbeitsstättenverordnung, halten wir für nicht mehr zeitgemäß. Den Arbeitsschutz für Homeoffice-Arbeitsplätze wollen wir entbürokratisieren. Der Öffentliche Dienst als Arbeitgeber sollte an dieser Stelle vorangehen und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offensiv Möglichkeiten zum Homeoffice ermöglichen, sofern keine dringenden betrieblichen Belange entgegenstehen. Zudem wollen wir Langzeitkonten für Arbeitszeit fördern, um mehr Souveränität in der beruflichen Lebensgestaltung zu ermöglichen – zum Beispiel für mehr Luft in der „Rush-Hour“ des Lebens, bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, für ein Postgraduiertenstudium, oder wenn man mit einem Sabbatical einmal aussetzen will. Das Langzeitkonto soll unabhängig vom Arbeitgeber werden, damit einfacher als heute übertragbar sein und das Guthaben für alle Formen der Freistellungen genutzt werden können. Bestehende Einschränkungen, etwa in der Kombination mit Elterngeld, sollen beseitigt werden. Seitens der Unternehmen brauchen wir Bürokratieabbau und Vereinfachungen in der Durchführung, etwa bei Berichtspflichten und der Entstehung von Urlaubsansprüchen während der Auszeiten. Zudem sollte es

mehr Freiheiten bei der Kapitalanlage geben. Damit schaffen wir einen großen Wurf für mehr Zeitsouveränität und Flexibilität und erleichtern die Umsetzung individueller Vorstellungen in der Lebensführung.

Die Bedarfsplanung, gerade im Bereich der ambulanten Psychotherapie wollen wir ebenfalls verbessern. Die Versorgung psychisch kranker Patienten ist bei weitem noch nicht ausreichend. Insbesondere im ländlichen Raum und strukturschwachen Regionen herrscht weiterhin akuter Handlungsbedarf. Neben einer verstärkt getrennten Bedarfsplanung für die Behandlung Erwachsener sowie Kinder und Jugendlicher fordern wir die Schaffung eines entsprechenden Anreizsystems, um gerade in den ländlichen Regionen junge Therapeutinnen und Therapeuten für die dortige Arbeit gewinnen zu können.

Auch der Erhalt des Geheimnisschutzes für Psychologen, Psychotherapeuten und andere Berufsheimnisträger ist für uns ein wichtiges Thema. Wir haben Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung (VDS) erhoben. Wir halten das VDS-Gesetz unter anderem auch deshalb für verfassungswidrig, weil es für die in § 53 StPO aufgeführten, sogenannten Vertrauensberufe kein Speicherungsverbot vorsieht.

Wir stimmen Ihnen zu, dass die Palliativpsychologie in der Versorgung in Kliniken, Hospizen und der ambulanten Pflege wichtig ist. Wir wollen daher beispielsweise die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) in vernetzten Teams aus Ärzteschaft, Pflegekräften, Psychologinnen und Psychologen, Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten, Seelsorgenden, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und ehrenamtlich Helfenden flächendeckend fördern, um den Sterbenden und ihren Angehörigen den Abschied vom Leben zu erleichtern. Diese SAPV-Teams sollten mit telemedizinischer Unterstützung und einem Minimum an bürokratischer Belastung flexibel ihre wichtige Aufgabe erfüllen können.

Welche Maßnahmen werden sie zur Erhaltung des Psychologiestudiums und dessen beruflicher Einsatzfelder unternehmen, damit durch die Novellierung des Psychotherapeutengesetzes kein Abbau von Psychologiestudiengängen erfolgt.

Eine hochwertige Ausbildung wollen wir erhalten. Wir halten allerdings ein NC-freies Kontingent für das Erststudium für sinnvoll, da die bisherige strikte Beschränkung dem Bedarf an qualifizierten Psychotherapeutinnen und -therapeuten zuwiderläuft. Gleichzeitig sorgen unbezahlte Pflichtpraktika und sehr hohe Ausbildungsgebühren nach dem Studium dafür, dass sich Universitätsabsolventinnen und -absolventen von vorne herein gegen die Ausbildung zur Psychotherapeutin / zum Psychotherapeuten entscheiden. Hier muss über ein entsprechendes und ausreichendes Ausbildungs-BAföG auch für angehende Psychotherapeutinnen- und -therapeuten nachgedacht werden. Die Vergütung von Pflichtpraktika sollte hier zur Regel werden. Die Ausbildung zum Psychotherapeuten muss grundsätzlich allen Absolventen offenstehen, unabhängig vom familiären und finanziellen Hintergrund. Das Psychotherapeutengesetz samt den Zugangsvoraussetzungen zur Ausbildung muss daher dringend überarbeitet werden. Dem Vorschlag der deutschen Psychotherapeutenkammer, ein eigenständiges Psychologiestudium, angelehnt an das Medizinstudium, einzuführen, stehen wir offen gegenüber.

Wie werden Sie die schulpsychologische Versorgung verbessern?

Wir Freie Demokraten halten eine ausreichende und gute schulpsychologische Versorgung für sehr wichtig. Denn Schulpsychologinnen und Schulpsychologen leisten durch ihre vielfältige Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Schulen in ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag. So zum Beispiel durch Förderung individueller Begabungen, Beratung bei Lern- oder Verhaltensproblemen von Schülerinnen und Schülern, Konfliktlösung und Gewaltprävention, Unterstützung inklusiver Schulentwicklung und der Lehrkräfte bei Problemen im Schulalltag.

Zur Stärkung der schulpsychologischen Versorgung treten wir für eine Erhöhung der Bildungsinvestitionen sowie eine größere Eigenständigkeit der Schulen ein. Wir wollen, dass Deutschland gemessen am Staatshaushalt bei den Bildungsausgaben künftig zu den führenden fünf Ländern der OECD-Staaten zählt. Dazu muss der Bildungsföderalismus grundlegend reformiert und die Finanzierung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Die Schulen sollen eigene Entscheidungshoheit bei Organisation, Budget, Profilbildung und Personal erhalten, damit sie engagiert Verantwortung übernehmen und für beste Ergebnisse sorgen können. Schulen mit besonderen Problemen und Schulen in Brennpunkten müssen zudem besonders unterstützt werden, beispielsweise hinsichtlich der Lehrer-Schüler Relation.

Wie werden Sie Integration von Zuwanderern fördern und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken?

Wir Freie Demokraten stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Fremdenfeindlichkeit ist für uns genauso wenig akzeptabel wie etwa Homo- und Transphobie oder Antisemitismus. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. Insbesondere mit konkreten Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger wollen wir Toleranz und Akzeptanz in der Gesellschaft stärken.

Mit Blick auf die Zuwanderung setzen wir uns grundsätzlich für ein geordnetes Einwanderungsrecht ein, das nach Möglichkeit in einem Einwanderungsgesetzbuch zusammengefasst wird. Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterschieden werden. Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen dabei nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren. Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst aussuchen. Dazu wollen wir die Blue-Card reformieren, sodass Arbeitskräfte zu uns kommen können, die aufgrund eines mit einem in Deutschland ansässigen Arbeitgeber abgeschlossenen Arbeitsvertrags ihren Lebensunterhalt dauerhaft bestreiten können. Zudem wollen wir ein Punktesystem schaffen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrades, Alters, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können. Dabei ist auch Flüchtlingen, die sich entsprechend integriert haben, ein Rechtskreiswechsel und damit eine Einwanderungschance zu ermöglichen. Natürlich nur, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen wie Fachkräfte aus dem Ausland.

Wir Freie Demokraten wollen Talente von Zuwanderern fördern, ihre Potenziale und Visionen für den Arbeitsmarkt nutzbar machen und starke Personen für eine aktive Mitarbeit in Gesellschaft und Eh-

renamt gewinnen. Das bisherige System der Integrationskurse als staatliches Mindestangebot für bereits Zugewanderte, genügt den Anforderungen unserer modernen Zuwanderungsgesellschaft nicht. Wir fordern daher ein neues, modulares Integrationsprogramm, das die individuelle Förderung entsprechend persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht. Gerade für Geflüchtete sind kostenfreie und verpflichtende Sprachkurse ab dem ersten Tag essentiell. Um Menschen mit traumatischen Erlebnissen, beispielsweise durch Krieg oder Flucht, mit ihren Erfahrungen nicht alleinzulassen, ist zudem eine ausreichende psychosoziale Versorgung wichtig.

Wir Freie Demokraten wollen zudem die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen. Denn ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt ist doppelt wichtig: Er ist ein Grundpfeiler für eine gelungene Integration und führt dem deutschen Arbeitsmarkt dringend benötigte Fachkräfte zu. Gerade jene Flüchtlinge, die über eine dauerhafte Bleibeperspektive verfügen, müssen auch schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Arbeitsverbote und andere Markteintrittsbarrieren wie Vorrangprüfungen für Deutsche sind daher aufzuheben. Außerdem wollen wir für Flüchtlinge eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, wie für Langzeitarbeitslose, einführen.

Welchen Stellenwert haben für Sie Psychologen in der Gesundheitsförderung und Prävention? Wie wollen Sie diesen gesetzlich verankern?

Wir Freie Demokraten fordern eine Reform des Gesundheitssystems, die im Ergebnis dazu führen wird, dass die Prävention einen höheren Stellenwert bekommt – insbesondere durch den stärkeren Wettbewerb der Krankenkassen. Wir wollen zudem die Gesundheitsvorsorge und Prävention nach wissenschaftlicher Evaluation stärken.

Angesichts der besorgniserregenden Zunahme diagnostizierter psychischer Erkrankungen in den Statistiken der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung in den letzten Jahren, nimmt die Psychologie hier eine zentrale Stelle ein. Denn sie trägt durch frühzeitige Behandlungen dazu bei, schlimmere Ausprägungen und letztlich auch "körperliche" Krankheiten zu verhindern.